

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl Postzustellung)
Oesterr Postsparkassenkonto Nr 119 471

(LINKSOPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchhofgasse 19/10, Tel R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Februar 1933

7. Jahrgang, Nr. 121

Was muß KP, KI tun zur Erzwingung der Einheitsfront

1. Sofort die Initiative ergreifen!
2. Sofort ein konkretes Kampfprogramm veröffentlichen, gerichtet gegen Faschismus und Bourgeoisie, gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, für die Arbeitslosen, für Arbeit und Brot, für alle Rechte der Arbeiter, die demokratischen inbegriffen. Kampfziele und Kampfmittel dieses Programms müssen so gewählt sein, daß sie für die Millionenmasse der sozialdemokratischen Arbeiter unbedingt annehmbar sind.
3. Mit diesem Kampfprogramm sofort hinein in die Massen. Den Massen sagen, daß die KP sich mit diesem Kampfprogramm und dem Angebot zur Schließung der Kampfeinheitsfront für dieses Kampfprogramm zugleich an die sozialdemokratischen Spitzen wendet. Die Massen dazu bewegen, in diese Richtung zu drücken.
4. Zugleich sofort öffentliches, ehrliches Anbot der KP (International der KI an

Spitzen, SP, Gewerkschaften zum gemeinsamen Kampf für dieses Kampfprogramm bei Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit und des Rechtes auf gegenseitige Kritik.

So und nur so kann die proletarische Einheitsfront zustandekommen. Der Stalinismus sabotiert das mit ultralinkem Gekreisch. Das schließt nicht aus, daß die Stalinbureaukratie plötzlich wie so oft ins Gegenteil umschlägt, aus der «roten» in die opportunistische «Einheitsfront», ins Schleppau der Sozialdemokratie. Dagegen heißt es auf der Wacht zu sein! Die Einheitsfront darf sich nicht auf sozialdemokratischer Linie, sondern muß sich bewegen auf der Linie des Kampfes gegen die Bourgeoisie!

Kritik und Einheitsfront

Die SP verlangt als Bedingung zur Herstellung der Einheitsfront das Einstellen der Kritik. Gerade das macht die Einheitsfront unmöglich. Darauf darf die KP nie und nimmer eingehen, soll die proletarische Sache nicht schwer leiden.

Ohne gegenseitige Kritik ist die Einheitsfront unmöglich. Es ist Tatsache, daß die Sozialdemokraten, daß der Stalinismus die Arbeiterklasse auf das schwerste schädigt haben. Es ist unmöglich zur Einheitsfront zu kommen, ohne Kritik an Sozialdemokratie, ohne Kritik an Stalinismus. Ohne diese Kritik ist es unmöglich, ein richtiges Kampfprogramm der Einheitsfront auszuarbeiten. Ohne diese Kritik ist es unmöglich, im weiteren Verlauf des Kampfes jeweils die Taktik richtig einzustellen. Die Kritik beseitigen, heißt den Einfluß der Massen beseitigen. Wer die Kritik nicht will, will die Einheitsfront überhaupt nicht!

Konfiskation

Nr. 120 der Arbeiter-Stimme wurde wegen des ersten und zweiten Artikels (wegen Vergehen der Ansetzung), beschlagnahmt. Der erste Artikel bezog sich ausschließlich auf Deutschland, dennoch verfiel auch er dem Rotstift. Der Herr Staatsanwalt wird Gelegenheit bekommen, das vor dem Geschworenengericht zu vertreten.

Erzwingt Einheitsfront!

Die proletarische Einheitsfront ist der geschlossene Kampf von SP, KP, Gewerkschaften für ein vereinbartes Kampfprogramm gegen Faschismus, gegen Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratie versteht unter Einheitsfront, alle Arbeiter mögen sich der sozialdemokratischen Linie anschließen, sich der sozialdemokratischen Führung unterstellen. Wohin die SP die Arbeiter

geführt hat, sieht man in Deutschland, in Oesterreich, überall. Kein erster Kommunist wird der Verratslinie der SP folgen, wird unter Führung der verräterischen SP kämpfen.

Die Stalinbureaukratie versteht unter Einheitsfront die «rote» Einheitsfront, das heißt die Einheitsfront auf stalinischer Linie, die Einheitsfront unter stalinischer Führung. Die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter hat nicht mit Unrecht Bedenken, sich der Führung der Stalinbureaukratie zu unterstellen.

Das sozialdemokratische Hindernis

Wie sich die SP die Einheitsfront konkret vorstellt, zeigt die «A.-Z.» vom 8. d. Sie will die Einheitsfront nicht zum Kampf, sondern zum — Wählen! Falls der KPD nach den Wahlen die Mandate aberkannt werden sollten, will die SP gegen diesen Verfassungsbruch «mit den äußersten Mitteln» kämpfen. Am 31. Jänner hat sie geschworen: Wenn die Hitlerregierung die Verfassung antastet, dann werden SP und Gewerkschaften «mit allen Mitteln» kämpfen. Paar Tage darauf wurde der preußische Landtag aufgelöst, die SP schrie: Offener Verfassungsbruch! — wandte sich an den Staatsgerichtshof... Schließlich verlangt die SP die Einstellung der Kritik: «Einheitsfront ist das Gebot der

Schluß mit Verrat und Schwindel! Vorwärts zur Einheitsfront!

Rascher als im Vorjahr steigt überall die Arbeitslosigkeit. Die Krise schreitet vor. Der Kapitalismus kracht in den Fu-

lonjalsklaven, Bauern, Kleinbürger. Der malayische Potemkin ist ein Sturmsignal. Die Bourgeoisie rafft ihre äußerste Kraft zusammen. Besonders in Deutschland, dem jetzt gefährlichsten Punkt.

Schlag auf Schlag schlägt die zur Aufriechtung der faschistischen Diktatur von Hindenburg im Namen der deutschen Bourgeoisie eingesetzte Hitler-Papen-Regierung gegen die Arbeiter. Das Verbot der KPD hängt in der Luft. Ein geheimer Kriegsvertrag mit Mussolini-Horthy ist bereits abgeschlossen.

Die SPD kreischt revolutionäre Losungen, wie Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Banken und der Großindustrie. Sie will dafür ernstlich «kämpfen» — mit dem Stimmzettel und schließt dazu ein Wahlbündnis mit der kapitalistischen Demokratischen Staatspartei. Schor ist das faschistische Messer an der Kehle der deutschen Arbeiterklasse, die SPD jedoch setzt ihren Verrat fort. Ihr verstärktes Geschrei nach Einheit,

Einigkeit, Einheitsfront ist nichts als pharissäische Maske.

Was tut der Stalinismus? Die von ihm stumm, tut überhaupt nichts. In allen Ländern aber, insbesondere in Deutschland, führt die Stalinbureaukratie einen verbrecherischen Eiertanz auf von Schwindelmanövern. Sie tut so, als ob sie die proletarische Einheitsfront möchte, in Wirklichkeit sabotiert sie bewußt die einzige Taktik, die sie verwirklichen kann, die Einheitsfronttaktik Lenins. Man darf Hitler keine Zeit lassen, sich zu festigen! Wenn es überhaupt schädlich und gefährlich ist, sich zu verspäten, so ist es doppelt schädlich und gefährlich in Deutschland. So verkündet Khorin-Stalin sehr richtig in der Imprekor Seite 438, 439 — auf dem Papier. Was aber tut der Stalinismus praktisch, um die Millionenmasse der Arbeiter gegen Hitler in Schwung zu setzen? Nichts, gar nichts, außer Schwindelmanöver! Er überläßt die revolutionäre Initiative — den reformistischen Verrätern!

Nur die Arbeitermassen können, werden sie erzwingen, die proletarische Kampfeinheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften!

Nicht Kommando — ehrliches Anbot!

Der Stalinismus, der jetzt nicht mehr ein und aus weiß, sucht die Arbeiter krampfhaft über seine Politik zu belügen. So will er auch vorschwindeln, er habe ja bereits Einheitsangebote an die SPD gemacht. Er beruft sich dabei auf die Generalstreikparole vom 20. und 31. Jänner. In Wirklichkeit war das kein Einheitsfrontanbot, sondern ein Kommando an die SPD, den von der Stalinbureaukratie bereits ausgerufenen Generalstreik mitzumachen. Der Stalinismus sagt weiter, Torglers Erklärung bei der Lustgartenkundgebung der SPD sei eine solche Erklärung gewesen. Auch das ist falsch. Torglers Erklärung war eine Aufforderung zur Einheitsfront, aber nicht an die SPD, sondern an die sozialdemokratischen Arbeiter. Der Stalinismus beruft sich ferner auf sein «Anbot» vom Mai 1932 und er wiederholt es: «Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind, und die gegen

Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Unterdrückung und Faschismus zu kämpfen gewillt ist, gemeinsam den Kampf aufzunehmen.» Auch das ist nicht ein Angebot der Einheitsfront, sondern die Ueberlassung der Initiative an die SP, der KP ein Einheitsfrontangebot zu machen. Auch das ist Sabotage der Einheitsfront; denn die stalinischen Saboteure wußten und wissen, daß die sozialdemokratischen Verräter die proletarische Kampfeinheitsfront verhindern, überhaupt nicht wollen und dazu durch richtige Politik und Taktik der KP mit Hilfe der Massen gezwungen werden müssen.

Nur die Form wechselt, in der der Stalinismus seine «rote Einheitsfronttaktik» treibt, der Inhalt bleibt derselbe. So sabotieren die Stalinbureaukratie die Einheitsfront, so ermöglichen sie die Fortsetzung des sozialdemokratischen Verrats.

dicker Strich gesetzt werden.»

Die Sozialdemokratie hat die Arbeiter gespalten. Sie hat die proletarische Revolution verraten. Sie hat die Henkerdienste für die Bourgeoisie besorgt. Ihr Noske ließ die weißen Truppen marschieren, ihr Severing, Grzeszinsky ließen die kapitalistische Polizei auf die Arbeiter los, sie hat Hindenburg gewählt, sie hat Schleiher toleriert, sie ist schuld, daß Hitler heute oben ist. Die Sozialdemokratie ist schuld, daß das Proletariat heute dort steht, wo es steht. Ihr Wunsch, «unter die Vergangenheit einen dicken Strich zu ziehen», ist begreiflich. Es ist der Wunsch des Verräters, die Verratenen über den Verrat zu täuschen — um sie auch in Zukunft verraten zu können. Damit den Massen der am Proletariat verübte sozialdemokratische Verrat nicht sichtbar werde, darf man verlangen die SP das Einstellen der Kritik und verhindert so die Einheitsfront, die ohne Kritik prinzipiell unmöglich ist. Das sozialdemokratische Kleinbürgertum fürchtet nicht mit Unrecht, daß der Abschluß der Einheitsfront, daß der Kampf in Einheitsfront den Arbeitermassen die Augen öffnet über die verräterische Sozialdemokratie. Das sozialdemokratische Kleinbürgertum fürchtet um sein Prestige, um seinen Einfluß auf die Arbeitermassen. Die Sozialdemokratie wird also nie freiwillig in die proletarische Einheitsfront gehen, sie muß dazu gezwungen werden.

Das stalinische Hindernis

Es ist aber auch nicht möglich, zur Einheitsfront zu kommen, ohne daß der Arbeiter der Bankrott des Stalinismus sichtbar wird. Nur wenn die KP die Einheitsfronttaktik von unten und oben, die leninische Einheitsfronttaktik, anwendet, ist die Einheitsfront zu schaffen. Nur indem die KP auch an die sozialdemokratischen Spitzen ein Anbot richtet, dem die Massen zustimmen, für das sie die Massen mobilisiert, nur so kann die KP der SP die Einheitsfront aufzwingen. Kann das aber der Stalinismus? Er hat sich heiser geschrien über den «Sozialfaschismus» — nun soll er mit den «Sozialfaschisten» zusammengehen. Er behandelt die Sozialdemokratie als «Hauptfeind» — nun soll er mit dem «Hauptfeind» zusammengehen gegen den Faschismus. Er hat unzählige B...

schossen — nun soll er das alles für falsch erklären, nun soll er das machen, was er gestern verdammt, wofür er gestern Kommunisten als «Konterrevolutionäre» aus der Partei ausschloß? Es ist klar der Stalinismus kenne die leninische Einheitsfronttaktik nicht anwenden, ohne in den Augen der Kommunisten den letzten Rest seiner Autorität und damit seiner Position auf Spiel zu setzen.

Das ist die Wahrheit Sozialdemokratisches Kleinbürgertum und stalinische Bankrotteure fürchten um ihre Position. Darum stellt die Sozialdemokratie unannehmbare Bedingungen: keine Kritik, Stiche unter die Vergänglichheit. Darum sabotiert der Stalinismus die leninische Einheitsfronttaktik. Darum ist alles sozialdemokratische Einheitsgerede nur Schwindel. Darum ist alles stalinische Geschrei: «die Einheitsfront setzt sich durch», nur Betrug.

Doch die proletarische Einheitsfront ist eiserne Notwendigkeit. Die Massen können, werden sich um das Prestige der Sozialdemokratie, um das Prestige der Stalinbureaukratie willen nicht zugrunde richten lassen. Die Massen müssen die proletarische Einheitsfront erzwingen: die Kampfeinheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften!

Held Manuilski

Der «Führer» der Kommunistischen Internationale Manuilski rückt gegen Otto Bauer zu Felde (RP, 12. Februar i. J.). Was er über die sozialdemokratische Politik seit 1916 sagt, ist richtig, und es ist nützlich, das bündnergeleitete Sozialdemokratische in so zusammengefaßter Form vor die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu bringen. Doch auf die richtige Kritik folgt als positiver Ausweg echter Stalinismus, Eingeborenes.

«Von einer Konsolidierung im Lager der Bourgeoisie kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Weltwirtschaftsnot nur ein Agent der Bourgeoisie sprechen.» Diese richtige Feststellung ändert jedoch nichts daran, daß die Bourgeoisie durch die faschistische Konzentration das Kräfteverhältnis der Klassen zu ihrem Vorteil verschiebt. Manuilski ist anderer Ansicht: «Im Lager des Faschismus reißt der Zerfall herauf. Das schrieb der große «Führer» im Dezember...» mitterwäls hat Müller die Regierung übernommen zur Etablierung der faschistischen Diktatur... zugleich zeigt gerade dieser Ausbruch Manuilskis, wie die Stalin-Bürokratie genau so wie die Sozialdemokratie eingestellt ist auf «abwärtschauen lassen», auf Kapitulation vor dem Faschismus. Um das zu verschleiern, redet Manuilski desto mehr von der «Faschisierung der Sozialdemokratie», vom «Sozialfaschismus», denn nach den Worten Stalin (Impresso, Seite 461) ist die Sozialdemokratie der «gemäßigte Flügel des Faschismus», also ein Teil des Faschismus...

Die Stalin-Pressen schwört heute Eid über Eid, sie hätte sich schon im Mai 1932 mit Einheitsfrontarbeit an die Sozialdemokratie gewandt. Hören wir, was darüber Manuilski sagt: «Erlauben die Kommunistischen Parteien heute sozialdemokratische Organisationen vor sich, deren Leitungen heute so wie ihre Mitglieder auch dem Boden des Klassenkampfes stünden, so wäre es Pflicht der Kommunistischen Parteien, mit diesen Leitungen Abkommen zur Bildung der Einheitsfront zu schließen. Doch diese Voraussetzung fehlt... Verhandlungen, mit wem? Mit Otto Bauer, mit Dr. Renner? Es verlohnt sich nicht der Mühe hierzu... Die einheitliche Kampffront kann nur von unten her entstehen...»

Nach der richtigen Kritik an der SP gibt der Stalinische «Führer» der KI also, garniert mit dem üblichen radikalen Stalinischen Kohl, als positiven Vorschlag die Sabotage der proletarischen Einheitsfront. Denn da die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter gerade dank der Stalinschen Bankrotteure noch immer hinter den sozialdemokratischen Führern steht, so kann die proletarische Einheitsfront jetzt nur geschaffen werden von unten und oben, das heißt, indem die KI, indem die Kommunistischen Parteien ihr Einheitsfrontanbot richten zugleich an die sozialdemokratischen Arbeiter und an die sozialdemokratischen Führer!

Daß der große «Führer» der KI aber nichts ist als ein ganz erbärmlicher Opportunist, geht aus folgendem Wort hervor, das er an den Schluss seiner Ausführungen setzt: «Vor außerhalb der Massen steht, wer die Massen nicht führt, der ist Opportunist — was er von sich auch behaupten mag.» Otto Bauer steht in den Massen, also ist er nach Manuilski — kein Opportunist. Die ehrlichen Mitglieder der KP stehen — dank der Stalinschen Bankrotteure — außerhalb der Massen, also sind sie nach Manuilski — Opportunisten! Und doch hat dieser Bildein einen bestimmten Sinn. Diese

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Zeitungsstand Straßenbahnstationen Mariahilfer Gürtel — Ecke Kirchbühnergasse, Trafik Währingergasse 188

Worte geben nämlich gegen uns, gegen die Linksoption, die im Namen sich Held Manuilski ausspricht in diesem Zusammenhang fürchtet. Er fürchtet, sich politisch mit uns auseinanderzusetzen, weil sonst die sozialdemokratischen Arbeiter nicht nur den sozialdemokratischen Verrat erkennen würden, sondern auch den Bankrott der Stalinschen Politik. Darum bleibt ihm kein anderes Argument gegen uns, als das, daß wir die Massen noch nicht gewonnen haben, daß wir die Massen noch nicht führen. Wir streben nicht die Massenführung an sich an, sondern die Führung der Massen auf der proletarischen Klassen-

Kampfeinheitsfront auch in Oesterreich!

Zollsteigerung — Waffenbeschlagnahme in Wiener-Neustadt — Erhöhung der Einkommensteuer für die Arbeiter — Konfiskation der «Roten Fahne» und aller sonstigen proletarisch-revolutionären Blätter. Schlag auf Schlag schlägt auch in Oesterreich die Bourgeoisie gegen die Arbeiter und bereitet vor die allgemeine kapitalistische Wehrpflicht.

Die Sozialdemokratie betreibt die Sanierung der Banken auf Kosten der Massen, die Entschuldung der Industriekapitalisten auf Kosten der Massen. Vom Arbeitsbeschaffungsplan der Industrie, der auf Staatskosten, das heißt auf Kosten der Massen den Unternehmern «Arbeit», das heißt Profit, bringen soll, sagt die «A.-Z.» befrichtigt, daß die Kapitalisten endlich Vorschläge aufgreifen, die die SP schon 1926 gemacht...

Die Sozialdemokratie hat die Massen auf die Straße gerufen: Für Arbeit — für Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Massen! Für Freiheit — für Freiheit vom Faschismus, doch für Koalition mit dem Herrn des Faschismus, mit der Bourgeoisie! Mit Dollfuß, Fey, Rintelen — nein, mit anderen Kapitalisten — ja! «Schaffon» Sie zuerst eine Regierung.» rufft die «A.-Z.» vom 11. d. der Kapitalistenklasse zu, oder gegenüber ein solches Zusammenwirken politisch und moralisch möglich wäre.» Für Kapitalistenprofit, für Koalition mit den Kapitalisten, dazu läßt die Sozialdemokratie die Massen marschieren. Die Massen sehen die Kampfgeister, aber den verräterischen Zweck durchschauen sie noch nicht. Eben darum

1914 — 1918

«Auf 1914 folgte 1918.» Ein zweitesmal aber werden wir die «Unterlassungsgeändern» von 1918 nicht mehr begehen. In diese Schwindelformeln kleidet die SP ihre Spekulation auf «Abwärtschauen» des Faschismus, ihre Kapitulationspolitik. Zwischen 1914 und 1918 lagen vier Jahre, die 20 Millionen Arbeiter und Bauern das Leben gekostet haben! Soll das die Arbeiterschaft der SP zulleben nochmals über sich ergehen lassen? Bei einem zweiten 1918 würde die SP in neuer Form die alte Koalitionspolitik treiben. Siehe die italienische SP in der Antifaschistischen Konzentration.

Indem die Stalin-Bürokratie sich weigert, die Initiative zur Einheitsfront zu ergreifen, indem sie sich weigert, auch den sozialdemokratischen Splittern ein ehrliches Anbot zur Einheitsfront zu machen, indem sie stattdessen Schwindelangebote oder radikale Kommandos fabriziert, steht sie faktisch genau so wie die SP auf dem Boden der Kapitulation vor dem Faschismus, spekuliert sie genau so wie diese auf dessen «Abwärtschauen».

Verrat

Kampf gegen die Bourgeoisie ist der oberste Grundsatz des proletarischen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie kämpft jedoch nicht gegen die Bourgeoisie, sie kämpft nur gegen bestimmte Formen der kapitalistischen Herrschaft. Sie kämpft gegen den Faschismus, um die Bourgeoisie zu bewegen, kapitalistische Politik nicht in faschistischer Form zu treiben, sondern in demokratischer Form, das heißt — im Bunde mit der Sozialdemokratie. Satz Kampf gegen die Bourgeoisie — Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, das ist die Linie der Sozialdemokratie, das ist die Linie des Verrates an der Arbeiterklasse. Die SP tut sehr aufgeregt, daß die Kommunisten vom Verrat der SP in der Arbeiterklasse sprechen. Möge die Sozialdemokratie öffentlich erklären, daß sie ein für allemal jedes Bündnis mit der Kapitalistenklasse grundsätzlich verwirft, bekämpft, daß es im Verhältnis zur Bourgeoisie nichts gibt als Kampf und mögen sie darnach wirklich handeln, dann werden die Kommunisten aufrufen, sie des Verrates an der Arbeiterklasse zu zeihen.

Viele Arbeiter glauben, das gelte nur von der SPD. Die österreichische SP sei besser. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Die deutsche SP zeigt ihr kleinbürgerliches, verräterisches Gesicht ziemlich offen, die österreichische SP weiß ihr verräterisches Verhalten raffiniert zu tarnen. Das ist vom Standpunkt des Kleinbü-

lir! Um die Massen für die proletarische Klassenlinie zu gewinnen, muß man zunächst diejenigen zusammenrufen, die konsequent sind in Kampf auf und für die proletarische Klassenlinie. Die Linksoption, die ist das Lager der konsequenten Marxisten-Leninisten, der Stalinismus aber ist abenteuerrisch, leninistisch angelegentlich, opportunistisch, opportunistisch, der schuld daran ist, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen den sozialdemokratischen Verrat nicht durchblicken, der schuld daran ist, daß die Sozialdemokratie ihren Verrat an der Arbeiterklasse immer wieder fortsetzen kann, ohne die Arbeitermassen zu verlieren.

leiten sie noch immer der SP Gefolgschaft. Eben darum schreit Otto Bauer in Oesterreich sei die Einheitsfront bereits verwirklicht in der Sozialdemokratie. Eine feine «Einheitsfront» das, für Kapitalisten profit, für Koalition mit den Kapitalisten, diese sozialdemokratische «Einheitsfront», diese «Einheitsfront» des Verrates an der Arbeiterklasse.

Schuld daran, daß die SP das so weiter treiben kann, ist der Stalinismus. So wie überall krächzt die Stalinbureaukratie auch in Oesterreich (siehe «R. F.», 8. d.), «mit den SP-Führern sei die Einheit nie und nimmer möglich. Mit demselben Atemzug schwört sie, die KPD habe der SPD schon wiederholt Einheitsfrontanbote gemacht und tue dies auch heute. So wie überall, beschwindelt sie auch in Oesterreich die Arbeiter mit «radikalen» Mängeln und sichert so der verräterischen SP weiter die Gefolgschaft der Massen, ermöglicht ihr die Fortsetzung des Verrates. Das Verhalten der «Roten Fahne» zeigt, daß der Stalinismus auch in Oesterreich plötzlich ins Schlepptau der SP umfallen kann und wird.

Auch in Oesterreich können und werden nur die Massen die proletarische Kampfeinheitsfront erzwingen, die Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Kapitalistenklasse, deren Werkzeug der Faschismus ist. Durch Schaffung der Kampfeinheitsfront in Oesterreich helfen die österreichischen Arbeiter am besten den deutschen Brüdern.

gerturn sicher ein Vorsug, vom Standpunkt des Proletariats macht es die österreichische SP noch gefährlicher für die Arbeiterklasse als die deutsche.

Das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat

Die Kräfte des Proletariats, die Kräfte der Revolution wachsen an, international und im deutschen Maßstab. Allein das bedeutet keineswegs, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat zugunsten der Arbeiterklasse verschiebe. Die Stalinbureaukratie wirft beides durcheinander, um über ihre Bankrotteure zu täuschen.

Die Weltwirtschaftskrise schreitet vor, verschärft sich. Die Arbeitslosigkeit steigt rascher sogar als im Vorjahr. Die Bourgeoisie verschärft überall ihre Offensive gegen das Proletariat, um wenigstens zu einer zeitweiligen Sanierung des Kapitalismus zu kommen.

Die kapitalistische Offensive, die die Lebenshaltung der Arbeiter um 50 Prozent schon gesenkt hat, rufft den Widerstand der Arbeiter hervor. Überall beginnen sich die Arbeiter in wachsendem Maße zu wehren, Zahl und Größe der Streikämpfe nimmt überall zu.

Die Bourgeoisie, außerdem mit den bisherigen Mitteln die kapitalistische Sanierung zu erreichen, greift überall zur Veranschönerung ihres politischen Kurzes. An den für sie am meisten bedrohten Punkten geht die Bourgeoisie zum Äußersten über, zur Äußersten Konzentration ihrer Klassenkraft, zur faschistischen Konzentration.

Indem die Bourgeoisie das tut, steigert sie die kapitalistische Klassenkraft außerordentlich, obwohl das wirtschaftliche Fundament unter ihr, der Kapitalismus, in seinen Grundfesten wankt und gerade um dieses Wanken zu überwinden, durch die mit der faschistischen Konzentration verbundene außerordentliche Steigerung

ihrer Klassenkraft verschiebt die Bourgeoisie das Kräfteverhältnis der Klassen zu ihren Gunsten trotz des Anwachsens der proletarischen Klassenkraft. Das Kräfteverhältnis der Klassen verschiebt sich so in der ganzen Welt, verschiebt sich insbesondere in Deutschland immer weiter zugunsten der Bourgeoisie, zum Nachteil des Proletariats.

Das Proletariat hat nur einen einzigen Weg, um auf dieser höheren Ebene das Kräfteverhältnis der Klassen zu seinen Gunsten zu wenden: indem es der faschistischen Konzentration entgegenstellt die proletarische Konzentration, das heißt die Kampfeinheitsfront der gesamten Arbeiterklasse, die jetzt nicht anders zu verwirklichen ist als durch die Einheitsfront von SP, KP, Gewerkschaften Gerade das verhindert die SP. Gerade das sabotiert die Stalin-Bürokratie!

Schäucherls «Einigung»

«Die Bolschewiki müssen anerkennen, daß der demokratische Weg zum Sozialismus zumindest in gewissen Ländern (zum Beispiel Skandinavien) nicht ausgeschlossen ist. Die Sozialisten müssen anerkennen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß ohne Rückkehr zum Privatkapitalismus Sowjetrußland aus seiner jetzigen Lage schließlich zum Sozialismus gelangt.» Das sind nach Adler die Minimalbedingungen für die Einigung von Sozialdemokratie und Stalinismus (Kampf, Seite 62). Laß uns außerhalb Rußland unseren sozialdemokratischen Mist machen und wir lassen Dich Stalin in Rußland Deinen stalinischen Mist machen, dann können wir uns zu einer einzigen Organisation vereinigen und uns wechselseitig unsere bureaukratische Position auf dem Rücken der Arbeiter sichern. Daß es so etwas gibt, wie die proletarische Klassenlinie, die Linie von Marx-Lenin, die, verraten von der Sozialdemokratie, sabotiert vom Stalinismus, gegen beide kämpft, ist dem Opportunisten Adler wurst.

Einheitsfront für konkrete Kampfeinigung — ja! Organisatorische Einigung — nein! Denn Kampf gegen die Bourgeoisie ist der oberste Grundsatz des proletarischen Klassenkampfes, daher oberster kommunistischer Grundsatz. Bündnis mit der Bourgeoisie aber ist oberster Grundsatz des sozialdemokratischen, das ist kleinbürgerlichen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie ist gegen den Faschismus. Doch nicht um die Kapitalistenklasse zu stürzen, sondern um sie zu bewegen, kapitalistische Politik zu treiben, nicht mit dem Faschismus, sondern zusammen (im Bunde, in Koalition) mit der Sozialdemokratie, das ist mit dem demokratischen Kleinbürgertum, das mit seinem Sozialpharisaertum Massen der Arbeiter hinter sich schleppt. Organisatorische Einigung mit der Sozialdemokratie — nie, niemals! Das wäre Verrat am proletarischen Massenkampf.

Doch was dem Kommunismus grundsätzlich unmöglich, ist beim Stalinismus durchaus möglich. Held Stalin war sogar nach der Februarrevolution (im Frühjahr 1917 kurz vor der Ankunft Lenins) für die organisatorische Einigung der Bolschewiki mit den Menschewiken. Opportunist durch und durch, der nur einen einzigen Grundsatz kennt, sich mit seiner Clique oben zu halten, ist er zu jeder Lumperei fähig, wenn sie helfen könnte, sein Usurpatorenregime über die russischen Arbeiter zu verlängern. Gerade das bietet der Bureaukrat Adler dem Bureaukraten Stalin an. Daß die sozialdemokratische «Hilfe» auf verdammt schwachen Beinen steht, ist richtig. Doch wer in Gefahr ist, zu ertrinken, klammert sich selbst an Strohhalm und das Wasser um Stalin beginnt rapid zu steigen! Die «radikalen» Phrasen des Stalinismus dürfen nicht eine Sekunde darüber täuschen, daß er im Handumdrehen die Hand zu dem Adlerschen Verrat bieten wird, wenn er kein anderes Mittel mehr sieht, sein bureaukratisches Regime zu verlängern. Gerade darauf spekuliert Kleinbürger Adler, spekuliert die sozialdemokratische Bureaukratie. Um so wachsammer müssen die konsequenten proletarischen Revolutionäre sein, die wirklichen Kommunisten. Um so schärfer muß die Linksoption kämpfen, um diesen Verrat zu verhindern durch rechtzeitige marxistisch-leninistische Gründung der Kommunistischen Internationale.

gramme des Planes enthalten unvermeidliche Mängel und Rechtfertiger. Die Nichterfüllung des Plans vollzieht sich unter dem Einfluß der in jedem einzelnen Falle vorliegenden besonderen Ursachen nicht gleichmäßig. Eine durchschnittliche Zunahme der Wirtschaft um 50 Prozent kann bedeuten, daß im Gebiet von A der Plan zu 90 Prozent erfüllt ist, im Gebiet von B aber nur zu 10 Prozent; wenn A von B abhängig ist, so kann im folgenden Produktionszyklus das Gebiet von A auf unter 10 Prozent herabsinken.

Nicht darin liegt folglich das Unglück, daß sich die Unausführbarkeit des abenteuerhaften Tempos herausgestellt hat. Das Uebel liegt darin, daß die Rekordformen der Industrialisierung die verschiedenen Elemente des Plans in gefährliche Widersprüche zueinander gebracht haben. Das Uebel liegt darin, daß die Wirtschaft ohne materielle Reserven und ohne Kalkulation arbeitet. Das Uebel liegt darin, daß die sozialen und politischen Instrumente zur Bestimmung des Nutzeffektes des Plans zerschlagen oder verstimmt sind. Das Uebel liegt darin, daß die Anhäufung der Disproportionen die Gefahr

immer größerer und größerer Ueberraschungen bedeutet. Das Uebel liegt darin, daß die Kontrolle unterworfenen Bureauskräfte für Ansehen mit der Anhäufung weiterer Fehler verbunden hat. Das Uebel liegt darin, daß sich eine Krise mit einer Reihe von solchen Folgen, wie die notgedrungenen Schließung von Betrieben und die Arbeitslosigkeit vorbereitet.

Der Unterschied des sozialistischen und des kapitalistischen Tempos der industriellen Entwicklung — auch im Vergleich mit dem früheren progressiven Kapitalismus — ist in seiner Ausdehnung überraschend. Aber es wäre ein Fehler, das sozialistische Tempo der letzten Jahre für endgültig zu halten. Der Durchschnittskoeffizient des kapitalistischen Wachstums wird nicht nur aus den Aufstiegen, sondern auch aus den Krisen entnommen. Anders steht es mit der Sowjetwirtschaft. Im Verlauf der letzten acht bis neun Jahre erlebte sie eine Periode ununterbrochenen Wachstums. Ihre durchschnittlichen Indizeszahlen auszuwerten, dazu ist sie noch nicht gekommen.

(Fortsetzung folgt)

Nachtrag

Jene Leute, die skrupellos jahrelang politisch, organisatorisch, moralisch die «Linie» der Landau-Daniel mitgemacht, haben sich vor einigen Monaten von der Manntruppe losgelöst. Eine politische Erklärung, worin sie klipp und klar mit der «Landaulinie» abrechnen, haben sie bis heute nicht gegeben. Die paar Mann gründeten dann eine Gruppe. Gegen diesen Schritt wäre gar nichts einzuwenden, sofern sie öffentlich begründet hätten, warum sie eine Gruppe aufzuziehen, statt sich unserer schon seit langen Jahren bestehenden linksoppositionellen Organisation anzuschließen. Fünf Monate sind vergangen, auch diese öffentliche Begründung haben sie bis heute unterlassen. Diese Leute sollten dann mittels einer «Einigung» als Fraktion in unsere Mitte eingeführt werden, ohne daß auch nur versucht worden wäre, das politisch zu begründen. Das haben wir nicht zugelassen und werden wir nicht zulassen. Je weniger politisch diese Leute sprechen, desto mehr Gift spritzen sie herum. Was sie gegen uns und besonders gegen Gen. Frey an Verleumdungen in Umlauf setzen, übersteigt alles, was jemals die Landau-Daniel, ja sogar was die Stalin-Bureauskräfte zu verüben wagten.

Wir sind zu Einigungen zu jeder Zeit zu haben, doch da muß ehrlich, offen, politisch gesprochen werden. Mit Giftelementen selbstverständlich kann es keine Einigung geben. Denjenigen, die, ohne es politisch zu begründen, Fraktionen in unsere Mitte hinein «einigen» möchten und dazu noch die Stirn haben, uns einen «Machtkampf» zu unterziehen, denen sagen wir — mögen sie nun in Berlin oder sonstwo sitzen: Ihr führt den Machtkampf, statt zu überzeugen.

SP „Einheit“

Der bei der Generalversammlung der Mieterschaft des Karl-Volkert-Hofes, Thaliastraße 75, am 18. Jänner neugewählte Hausausschuß legte am 4. Februar seine Mandate nieder, ohne dies näher zu begründen. Daraufhin wurde ein

Wahlkomitee gewählt, dem außer mir noch drei Sozialdemokraten angehören. Ich ging von Wohnung zu Wohnung, um die Mieter, die zu 80 Prozent der SPOe. angehören, auf die Wichtigkeit des Hausausschusses hinzuweisen und sie daran zu erinnern, daß diese soziale Errungenschaft schwere Arbeit und Kämpfe gekostet hat. Bei den meisten fand ich Verständnis und sie gaben ihr Einverständnis mit dem Vorschlag des Wahlkomitees.

Der Sektionsleiter, Sektion XVI, der SP, Gruber, jedoch erklärte: «Gegen Kutschera hab' ich nichts, da er Genosse ist, aber Schober ist Kommunist und deshalb kann ich mit seiner Wahl nicht einverstanden sein.» Auch seine Frau sagte: «Lass das, das sind kommunistische Machinationen.» Ich sagte: «Ich bin Kommunist und trete ein für die Aufrechterhaltung der sozialen Errungenschaften, ich komme als Mieter und nicht als Parteimann.» Er gab mir darauf keine Antwort und ging fort, die Unterschrift verweigert. Ich suchte sofort den Mieter Schober auf und konnte feststellen, daß er organisierter Sozialdemokrat ist (seit 1925!) und seine Beiträge bis zum heutigen Tage bezahlt hat. Daraufhin gingen Schober, Kutschera und ich zu Gruber und erklärten ihm, daß Schober kein Kommunist, sondern Sozialdemokrat ist. Frau Gruber aber zog ihren Mann zur Tür hinein und wir mußten umkehren.

Das Wahlkomitee trat nun am nächsten Tag zusammen. Ich wunderte mich, daß außer den Komiteemitgliedern auch noch der frühere Obmann des Hausausschusses, Meyer, der zwei Tage vorher alles zurückgelegt hatte, mit noch mehreren Mitgliedern der SP anwesend war. Meyer erklärte, daß er annimmt (er war vorgeschlagen). Aus seinem ganzen Verhalten war aber zu entnehmen, daß er von der Bezirksorganisation XVI der SP Direktiven bekommen hat. Auch in der Generalversammlung am 11. Februar wurde das Wahlkomitee, das die ganze aufreibende Vorarbeit für die Wahl geleistet hat, einfach übergangen.

Ich teile diese Vorgänge mit, weil sie bezeichnend sind für die Sozialdemokratie.

J. G. Bauarbeiter

Ernsteste Lehren aus einer ernstesten Sache

Die Stalin-Bürokratie hat die Kapitulantent Weill & Co. zur «Mehrheit» der deutschen LO ernannt und sucht das möglichst zu überleben, um mit ihrer Lüge über die «Liquidierung der deutschen LO» Verwirrung zu stiften. Darüber haben wir das Nötige bereits gesagt (A-St 120). Die Kapitulation der Weill & Co. jedoch als eine «ernsteste Sache» zu bezeichnen, wie das Genosse Trotzki tut («Permanente Revolution», I. d.), halten wir nicht für richtig. Der Fall Weill ist eine sehr ernste Sache.

An dem Punkt, wo die Klassengesetze heute entscheidend zusammenstoßen, in Deutschland, in dem Augenblick, da der unmittelbare Entscheidungskampf im Eilschnitt herannaht, kapitalisiert die Mehrheit der deutschen Oppositionsleitung vor dem Stalinismus, lauter Leute, die die LO der KPD, die die «Permanente Revolution» seit deren Bestand geleitet haben. Das ist eine sehr ernste Sache. Um so ernster, als sie das Glied ist in einer Kapitulantenkette, in der wir solche Glieder finden wie Graf und Müll.

Was Genosse Trotzki über die objektiven Ursachen sagt, seine Charakteristik dieser Leute trifft den Nagel auf den Kopf. Doch ist der Fall so ernst, daß auch die subjektiven Ursachen geprüft werden müssen. Wer ist verantwortlich dafür, daß solche Leute spielen als die leitenden, verantwortlichsten Stellen in der LO gelangen, sich dort so lange behaupten? Wer ist verantwortlich dafür, daß diese Fälle keine seltene Erscheinung sind, sondern sich verhältnismäßig oft wiederholen?

Die französische LO («Verité», 2. d.) sagt: «Die Früchte der von der ILO geführten Kampagne könnten unvergleichlich größer sein für die deutsche LO, wenn deren Politik und Kritik auch so klar und scharf gewesen wäre, wie die Politik der ILO und die konkreten Bedingungen zu erfordern. Fast in allen wichtigen Fragen wurde die Stalinische Politik von der deutschen LO viel weniger kritisiert als von den anderen Sektionen der ILO. Gegenüber den Führern der offiziellen Partei glatte Worte an Stelle einer gegebenen Lage und der für die KP gegebenen Möglichkeiten entsprechende Kritik (Wahlserfolg der Partei, Versailles Vertrag, nationale und soziale Befreiung, schwächliche Kritik der Wendungen der Partei usw.). Diese Einstellung hat viel beigetragen zur Schwächung der deutschen LO, zur Minderung ihrer Kampffähigkeit gegenüber dem Stalinismus, zur Entmutigung und zum Entstehen von pessimistischen Tendenzen unter den Mitgliedern der Organisation.» Das ist durchaus richtig. Man könnte das noch ergänzen, z. B. dadurch, daß die Haltung der deutschen LO auch gegenüber der Sozialdemokratie nicht konsequent war, die in der «Permanente Revolution» wiederholt als Arbeiterpartei bezeichnet wurde.

So richtig die Kritik der französischen LO, sie ist nicht erschöpfend. Es entsteht vielmehr sofort die weitere Frage: Wieso war es möglich, daß die deutsche LO, daß die «Permanente Revolution» durch lange Zeit diese fehlerhafte Taktik fortsetzen konnten? Die ILO hat doch eine internationale Leitung! Wenn einer Sektion Fehler unterlaufen, dann darf eine erste internationale Leitung ihre Kritik doch nicht aufs Eis legen und mit ihr erst hervorkommen, bis die Fehler zu großem Schaden geführt haben.

Dazu kommt nach organisatorischer Richtung die Frage der Auslese. Es ist kein Geheimnis, daß die LO schwach ist an Kräften und es sich daher gut überlegen muß, Kräfte, die sich ihr nähern, abzustößen. Daß da Fehler in der Auswahl unterlaufen können, selbst einem Mann wie Genosse Trotzki, ist durchaus verständlich. Das ändert nichts daran, daß mit desto

größerer Vorsicht vorgegangen werden muß, an je höhere Stelle jemand kommen soll. Von dieser besonderen Vorsicht ist jedoch wenig zu merken.

Wer hat den Graf gekannt. Niemand. Vielleicht hat ihn Gen. Trotzki gekannt. Jedenfalls hat er ihn schnell zu seinem Sekretär gemacht, schenkte ihm vollstes Vertrauen und suchte ihn, selbst als er schon ernst zum Stalinismus schwankte, weiter an verantwortliche Stellen zu bringen, sein Schwanken zum Stalinismus verschweigend. Daß wir da nicht zum Handkuß gekommen sind, verdanken wir nur unserer «Undisziplin».

Wer kannte Müll? Niemand. Vielleicht hat ihn Gen. Trotzki gekannt. Jedenfalls machte er ihn gleich zu seinem besonderen Vertrauensmann, flugs brachte er ihn an die Spitze der ILO. Nachdem er, insbesondere in Frankreich großen Schaden gestiftet, landete Müll bei Stalin.

Diese zwei Beispiele genügen. Mit den Weill & Co. stand es nicht viel anders. Gen. Trotzki hat in einem Artikel vom 1. d. ein vorzügliches Bild dieser Leute gezeichnet. Wir wollen es noch durch einige Striche ergänzen. Alle diese Leute hatten nach oben ein außerordentlich schmiegsames Rückgrat und führten nach oben eine sagen wir — «sehr elastische» Sprache. «Wenn man z. B. «Oesterreich» an die Spitze der ILO kam, so wird man finden, daß er gar nichts in sich hatte, was dazu Voraussetzung hätte sein müssen, desto mehr aber vom schmiegsamen Rückgrat und von «sehr elastischer» Sprache nach oben. Graf hat sich dem offen gerühmt und Landau nicht minder. Es ist sehr leidig, über diesen Punkt zu sprechen, aber es ist notwendig; denn auch der Fall Weill hat daran nichts geändert, wir in Oesterreich sehen das handgreiflich vor uns. Wer nackensteif ist, offen spricht, wie es unter aufrechten Revolutionären selbstverständlich, der ist «diszipliniert»; wer «elastisch» ist, der ist «diszipliniert», der wird ausgesehen — bis zum nächsten Fall à la Weill...

«Dieses Stadium muß man verlassen, es ist Zeit, reif zu werden. Die Arbeiter müssen in weit größerem Maße als zuvor die ganze Arbeit in die Hände nehmen... Eine ernste Prüfung wenig bekannter Intellektueller in der Arbeit und ein langsames, sehr langsames Verschieben auf leitende Posten... Gerade jetzt, in der Periode ihrer kritischen Offensive, kann, muß die Opposition die besten, kampfbereitesten, uneigennützigsten und weitsichtigsten Vertreter der jungen Generation des Proletariats erobern. Die Reinigung der Opposition von revolutionären Keimern erleichtert nur diese Aufgabe.» Das gibt Gen. Trotzki angesichts des Falles Weill als positive Lösung. Ausgezeichnet. Doch was sehen wir in Oesterreich? Unsere Organisation kämpft seit langen Jahren um die Gesundung der Partei. Sie besteht durchwegs aus Arbeitern, zumeist erprobten Arbeiterkommunisten und auch schon zu einem beträchtlichen Teil aus jungen, kampfbereiten, uneigennützigsten, weitsichtigsten Vertretern der jüngeren Generation der Arbeiterklasse. Am 4. Jänner d. J. haben zwölf erprobte Arbeiterkommunisten unserer Organisation einen rekommandierten Brief an Gen. Trotzki in der Frage der österreichischen Linksopposition gerichtet. Gen. Trotzki hat es nicht für notwendig erachtet, darauf auch nur mit einem einzigen Wort zu erwidern, auch nicht mit einer Belehrung, wenn er der Ansicht, daß die zwölf Arbeiter irren. Uns sind Fälle bekannt, daß Gen. Trotzki mit einem beliebigen, ihm ganz unbekanntem Wiener Intellektuellen, der ihm, ohne mit der Arbeiterschaft verwachsen zu sein, aus sozusagen sportlichem Antriebe schrieb, sich ohne weiteres durch einen langen Brief politisch auseinandersetzte. Mehr noch: Alle die ersten Lehren, die Gen. Trotzki angesichts des Falles Weill darlegt, stehen in krassem Widerspruch zu der Praxis, die wir hier in Oesterreich unmittelbar vor unseren Augen sehen und sehen. Der Fall Weill ist ernst, sehr ernst. Aber noch viel ernster ist, daß all die Methoden, daß der Geist, der zu den Weill & Co. geführt hat, weiter herrschen. Das, was hier in Oesterreich im Namen der ILO getrieben wird, beweist das. Denn das, was hier in Oesterreich im Namen der ILO getrieben wurde und weiter getrieben wird ist ernstest, ist leichtfertig ist unverantwortlich.

Aus der Opposition

Erklärung

Vor langen Monaten sprach Genosse Frey in mehreren Vorträgen zu 12 oppositionellen Währinger Genossen über die Lage in der Sowjetunion. Er führte u. a. aus, daß die Berichte über die Kollektivisierung nicht richtig sind. Es mangelt an Kräften, die Kollektivwirtschaften zu führen, zu kultivieren; es bestehe die Gefahr, daß durch dieses Sturmtempo die Sowjetunion in eine Katastrophe geführt werde. Ein Teil der anwesenden Genossen hielt dies für übertrieben. Nun mußte das Stalin selbst Wort für Wort in seiner letzten Rede zugeben. Hätten Genossen damals dasselbe gesagt, was heute Stalin sagt, so wären sie als «Konterrevolutionäre» ausgeschossen worden. Auch die Lage in Deutschland zeigt heute die schon damals von der Linksopposition aufgezeigte Entwicklung, da die Partei auf ihrer letzten Einseitigkeit weiter beharrt («rote» Einheitsfront usw.). Wir haben die volle Überzeugung gewonnen, daß die Linksopposition recht hat, daß alle Reih der Partei letzten Endes nur die Folgen sind der falschen Generallinie, der Unterordnung der Politik der Komintern unter den Aufbau in der Sowjetunion.

Wir schließen uns nach unserer Prüfung der Linksopposition an. Wir haben jede einzelne Frage genau überlegt und durchdiskutiert, wobei es nebenbei erwähnt sei, daß es bei der Partei eine derartige gründliche Schulung nicht gibt wie bei der Linksopposition und auch nicht geben kann, da durch die bewußte lausene Anwendung der Kaderfrage die erfahrenen Elemente von der Stalinbürokratie auf der Partei gedrängt werden.

Wir waren gewillt, in der Partei weiter mitzuarbeiten. Die Stalinbürokratie nahm uns aber hinterücks die Mitgliedsrechte. (Beispielsweise entzog man der Genossin Weiberger die Legitimation zur Kreisdelegiertenkonferenz, obwohl sie von der Mitgliedschaft als Delegierte gewählt worden ist.) Wir treten darum öffentlich der Linksopposition bei.

Herese Weinberger, Wilhelm Nowotny.

Trotz Ausschaltung der Genossen Nowotny und Weinberger, die wir in unserer Mitte begraben, wurde unsere innerparteiliche Fraktion in Währing nicht geschwächt. Es ist nun ein Jahr, daß in Währing die gesteigerte Hetze gegen uns begann — und seither wurde keine richtige Arbeit in den Zellen mehr geleistet, noch wurden richtige Aktionen geführt. Von 80 zahlenden Mitgliedern sind nur noch 35 vorhanden, von zwei Zellen nur

mehr eine, von 90 RF-Abonnenten kaum mehr 60. Dennoch wird in einem Rundschreiben des Kreises einfach gelogen, «daß in den von den Trotzkiten gereinigten Zellen bis auf die Zelle 19/2, also in den Zellen 16/4, 16/5 und 18. Bezirk ein Aufstieg zu verzeichnen ist.» Die Zelle 18 hat sogar die Sturmfrage erobert für neugeworbene Mitglieder — die nicht einzeln die Zellenabend besuchen, und für neue Abonnenten — die eine Woche darauf das Abonnement wieder abbestellen.

Wir zeigen diese Zustände auf, nicht weil sie uns freuen, sondern weil die Partei nur vorwärts kommen kann, wenn die Mitglieder den wahren Zustand der Partei kennt. Mit Schönfärbereien ist der KP nicht gedient. Obwohl die Bürokraten immer wieder die Linksopposition als bedeutungslos hinstellen, ist ihre Angst vor ihr so groß, daß sie sich die ihnen nicht genehmen Mitglieder nicht mehr so wie früher auszuschließen trauen. Sie suchen sie so aus der Partei zu drängen, daß sie ihnen ohne Ausschluß einfach die Mitgliedsrechte rauben. Auf diese Art will man in Währing außer den schon Ausgeschlossenen noch weitere acht Genossen ausschalten. Die Stalinbürokraten gingen so weit, daß sie aktive Genossen aus den Zellenabenden hinauswiesen, während sie gleichzeitig Nichtmitglieder teilnehmen ließen!

Die Linksopposition stärkt sich zwar langsam, aber unaufhaltsam, die vorgeschrittensten Kommunisten kommen zu ihr. Wir sind nicht nur in den wichtigsten Zellen, sondern auch in anderen Institutionen der Partei soweit verankert, daß weder durch «Kaltstellen» noch durch Ausschluß und Terror unsere Verbindungen mit der Partei zerrissen werden können.

Bildungsabend: Montag, den 20. Februar, im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, 7 1/2 Uhr abends.

Bezirksorganisation XII V. jeden Freitag abends: Gasthaus Kirchener. XII, Rosalingasse Nr. 11

Bezirksorganisation XVI. jeden Freitag abends: Gasthaus Kraus, XVI Hasnerstraße 50

Bezirksorganisation XVIII. jeden Donnerstag, 8 Uhr, im bekannten Lokal

Bezirksorganisation XX. jeden Dienstag am halb 8 Uhr im vereinbarten Lokal

Bezirksorganisation XXI. jeden Freitag abends im Gasthaus Renda XXI, Brünnerstraße 51

Bezirksorganisation Graz: Auskünfte, Zuschriften an die «Arbeiter Stimme» werden entgegengenommen jeden Donnerstag, 7 bis 8 Uhr abends, im kommunikatoren Eggenberg, Ruchelgasse 52

Preisfonds: XXI B — I S.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur im Auftrag der Kommunistischen Partei Oesterreichs (Linksopposition): Max Stöckel, Arbeiter, Wien, XVI, Saucergasse 27. — Druck: «inva» W...

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI Hasnerstraße 50, Gasthaus Kraus

Bildungsabend: Montag, den 20. Februar, im Gasthaus Aumann, XVI, Hasnerstraße 46, 7 1/2 Uhr abends.

26. Februar: Zusammenkunft 14 Uhr, Endstation Nußdorf, nach Leopoldsdorf-Kleinberg. Treffpunkt 14 1/2 Uhr Weberhütte.

3. März: Zusammenkunft 14 Uhr, Endstation Nußdorf, Treffpunkt 14 1/2 Uhr Weberhütte.